

Regierung: Darlehen an die SPL war in der Rückschau eine «Fehlkonstruktion»

Von den Gegnern des Massnahmenpakets würden aber falsche Informationen gestreut. Es fliesst weit weniger Geld an die SPL als dargestellt.

Daniela Fritz

Im September hat der Landtag dem Massnahmenpaket für die Stiftung Personalvorsorge (SPL), der staatlichen Pensionskasse, zugestimmt. Dieses umfasst die Schaffung eines geschlossenen Vorsorgewerks für Rentner, die vor 2014 in Pension gingen, die Einführung einer optionalen variablen Rente, die Ausfinanzierung der bestehenden Renten, die Umwandlung des 2014 gesprochenen Darlehens in Eigenkapital sowie eine Erhöhung der Sparbeiträge.

Nicht alle Massnahmen sind unumstritten. Eine «überparteiliche Gruppe» rund um den DpL-Abgeordneten Herbert Elkuch will die Sache nun vors Volk bringen. Die Unterschriftensammlung läuft. Im Flyer der Gruppe kursieren allerdings falsche Informationen, die die Regierung im Rahmen zweier Kleiner Anfragen im Landtag nun berichtigte. Das «Vaterland» hat das Wichtigste zusammengefasst.

Bekommt die SPL erneut 130 Millionen?

2013 klappte ein Loch von über 300 Millionen Franken in der staatlichen Pensionskasse. Zur Ausfinanzierung sprangen der Staat und die staatsnahen Betriebe ein, ein Teil wurde jedoch nur als zinsloses Darlehen in Höhe von 93,5 Millionen Franken gewährt. Davon übernahm das Land 77 Millionen, die angeschlossenen staatlichen Betriebe den Rest. Nun sollen erneut 130 Millionen Franken in die staatliche Pensionskasse fliessen, schreibt Herbert Elkuch in seinem Flyer, inklusive Kommentar: «Das geht nicht.»



Die Furcht vor einer Überfinanzierung der SPL, woraus das Darlehen von 93,5 Millionen resultierte, war im Nachhinein eine Fehleinschätzung, so Regierungschef Daniel Risch. Bild: Daniel Schwendener

Korrekt ist der genannte Betrag allerdings nicht, so die Regierung. Zwar umfasst das vom Landtag beschlossene Massnahmenpaket Kosten in Höhe von 135 Millionen. Ein wesentlicher Teil – konkret die 77 Millionen Franken – resultiert allerdings aus der Umwandlung des früheren Darlehens in Eigenkapital. «Diese Massnahme ist nicht liquiditätswirksam», betont die Regierung. Das Darlehen fliesst also nicht noch einmal an die SPL.

Warum sollte das Land auf das Darlehen verzichten?

Der Gedanke hinter dem Darlehen war damals, eine Überfinanzierung zu vermeiden.

Allerdings zeigte sich, dass die Ausfinanzierung nicht gereicht hat. Im Gegenteil: Die teilweise Ausgestaltung als Darlehen habe die Entwicklung der SPL gemäss Regierung «massiv gehemmt» und müsse in der Rückschau als «Fehlkonstruktion» betrachtet werden. Ursprünglich hätte das Geld in Tranchen zurückbezahlt werden müssen, sobald der Deckungsgrad der SPL zwei Jahre nacheinander über 105 Prozent liegt. Das war allerdings nie der Fall. Die Rückzahlung des Darlehens ist gemäss Bericht und Antrag der Regierung auch in Zukunft nicht realistisch.

Elkuch hingegen findet, dass das Volk über die Zukunft des Darlehens abstimmen sollte. Eine «Schenkung» findet er den

falschen Weg. Die rund 93 Millionen sollen als «Volksvermögen» erhalten bleiben und dürften nicht «in einer Senke» verschwinden.

Die Regierung berichtigt: «Durch den formellen Verzicht auf das Darlehen verschwindet kein jetzt vorhandenes Volksvermögen, sondern es wird dadurch die beschriebene Realität anerkannt.» Das Darlehen existiert nicht mehr als Vermögen: Der Staat und die staatsnahen Betriebe hätten dieses Geld bereits in den letzten Jahren abgeschrieben.

«Ob das intern abgeschrieben ist oder auch nicht, ändert nichts am Darlehensstatus», beharrt Elkuch auf seinem Standpunkt. Das Volk solle darüber entscheiden können. Die

Erträge aus dem Darlehen würden in jedem Fall den Versicherten zugute kommen.

Aber wie viel Geld fliesst denn nun an die SPL?

Im Gegensatz zum vorhin genannten Darlehen sind die Kosten für die Schaffung eines geschlossenen Vorsorgewerks für die Rentner vor 2014 in Höhe von 18 Millionen Franken liquiditätswirksam. Das Gleiche gilt für die Ausfinanzierung der Renten im offenen Vorsorgewerk, was gut 46,7 Millionen kostet. 40,1 Millionen trägt das Land. Dafür sind im Landesvoranschlag – unabhängig vom Ausgang eines allfälligen Referendums – ausserordentliche Ausgaben von 58,1 Millionen Franken budgetiert.

Sinken die zukünftigen Renten wirklich?

Mit rund 46,7 Millionen Franken sollen die seit 2014 bestehenden Renten einmalig ausfinanziert werden – auf einen technischen Zinssatz von 1 Prozent. Mit dieser Massnahme soll die unerwünschte Umverteilung aufgrund zu hoher Zinsversprechen der Vergangenheit etwas ausgeglichen werden. «Zum anderen kann dies als Entschädigung für die Risikoübernahme der Aktivversicherten zugunsten der Rentner betrachtet werden», führte die Regierung aus. Die Umverteilung machte seit 2014 mehr als 100 Millionen Franken aus. Das Vorsorgekapital der Aktivversicherten verändert sich durch die Massnahme nicht.

«Ein tiefer technischer Zinssatz senkt den Umwandlungssatz und damit werden die

zukünftigen Renten verkleinert», schreibt Elkuch dazu in seinem Flyer. Doch auch dies sei nicht korrekt, betont die Regierung: «Die Behauptung, dass durch den Landtagsbeschluss zukünftige Renten bei der SPL reduziert werden, muss als frei erfunden angesehen werden.» Sie wirft dem DpL-Politiker Angstmacherei vor.

Elkuch bestreitet diesen Vorwurf. Der technische Zinssatz werde von den Verantwortlichen in der Pensionskasse festgelegt, das Referendum habe damit nichts zu tun. Er sieht seine Worte in der Kleinen Anfrage von der Abgeordneten Dagmar Bühler-Nigsch falsch wiedergegeben.

Wird die SPL tatsächlich bevorzugt?

Elkuch stört sich daran, dass die staatliche Pensionskasse trotz gleicher Rahmenbedingungen mit Steuergeld unterstützt wird, die privaten Pensionskassen aber nicht. Er fordert eine Gleichbehandlung.

Der FBP-Abgeordnete Wenzelin Lampert erinnerte in seiner Kleinen Anfrage jedoch daran, dass keine Pensionskasse in Liechtenstein von den Aktivversicherten einen Solidaritätsbeitrag von fast 19 Millionen Franken eingefordert hat. Mehr als 100 Millionen Franken seien seit 2014 von den Aktivversicherten zu den Rentnern umverteilt worden, also mehr als das damalige Darlehen von 93,5 Millionen. Das fanden auch die Regierung und eine Mehrheit des Landtags ungerecht. Man stehe als Arbeitgeber in der Pflicht, weshalb das Massnahmenpaket beschlossen wurde.